

Ebenso kennzeichnend für die Situation im alten Österreich ist „Die Translation des Erzbischofs Kardinal Skrbenský von Prag nach Olmütz im Jahre 1916“, die B. Zlámal (S. 237—255) schildert, ein Akt später Staatskirchen-Räson. Probleme des 20. Jhs. behandeln die von J. G. Stanzel publizierten Schriften Kardinal Bertrams über „Die Breslauer Bistumsgüter in der Tschechoslowakei“ (S. 344—374) sowie E. Kretschmer und J. Zabel mit kurzen Darstellungen der 1938 eingerichteten Generalvikariate Branitz (S. 392—406) und Nikolsburg (S. 407—421). Die Zeit vor 1777 betreffen die Beiträge von J. Köhler, der den Konflikt zwischen Ordensleitung und Bischof wegen der Reform der vier Prämonstratenserklöster Mährens um 1600 behandelt, und von R. A. Hofmann mit zwei Nikolsburger Themen des 16. und 17. Jhs. Forschungsberichte, Rezensionen und eine Bibliographie ergänzen den stattlichen Band.

Bamberg

Gerd Zimmermann

Josef Kalvoda: Czechoslovakia's Role in Soviet Strategy. University Press of America. Washington 1978. X, 382 S.

Die Arbeit des Professors für Geschichte und politische Wissenschaften beim Saint Joseph College in West Hartford, Conn., umreißt die Geschichte der Tschechoslowakei seit deren Gründung bis zur Gegenwart, insbesondere deren Beziehungen zur Sowjetunion. Obwohl tschechischer Abstammung, erklärt der Vf. im Vorwort (S. VIII), er sei nie ein Anhänger der Theorie einer „tschechoslowakischen“ Nation gewesen, da für ihn die Existenz einer slowakischen Nation eine feststehende Tatsache sei. Er hat sich vorgenommen, zu untersuchen, inwieweit die Führer der Tschechoslowakei zu der Entwicklung in Ostmitteleuropa beigetragen haben, und sieht die Schlüsselfigur für diese Entwicklung in Eduard Beneš.

Der Vf. hat eine große Menge tschechischer Schriften ausgewertet, die in und außerhalb der Tschechoslowakei erschienen sind und in einem ausführlichen Literaturverzeichnis (S. 345—371) sowie in einem umfangreichen Anmerkungsapparat (S. 286—344) aufgeführt sind. Außerdem wertete er in amerikanischen Archiven Berichte amerikanischer Diplomaten aus Prag, Moskau und anderen osteuropäischen Hauptstädten aus.

Kalvoda beginnt seine Darstellung mit den tschechischen Legionen in Rußland, die nach der bolschewistischen Revolution eine der wenigen stabilen Einheiten in Rußland bildeten. Sie sollten daher nach einem alliierten Plan und auch nach Ansicht vieler Tschechen, vor allem des ersten Ministerpräsidenten der ČSR, Karel Kramář, das bolschewistische Regime stürzen, um Rußland wieder zu einem einsatzfähigen Bundesgenossen gegen Deutschland zu machen. Doch Masaryk und Beneš ging es mehr darum, die tschechischen Truppen möglichst bald in die Heimat zurückzuführen, sei es über Vladivostok oder über Galizien. Für Masaryk stellte das Regime Lenins die de facto-Regierung Rußlands dar, wie er in einem Memorandum für den amerikanischen Botschafter in Tokio vom April 1918 erklärte (S. 9). Er geriet dadurch bei einigen alliierten Politikern in den Verdacht, selbst ein Anhänger Lenins zu sein. Für die neutralistische Politik Masaryks dürfte aber eher dessen Bewußtsein maßgeblich gewesen sein, daß der neue Staat noch keineswegs konsolidiert war, wie im Frühjahr und Sommer 1919 die Kämpfe in der Slowakei und die dort gegründete Slowakische Räterepublik zeigten (vgl. Kap. 2, S. 21—31).

Beneš begründete die Untätigkeit der tschechischen Legionen in Sibirien amerikanischen Politikern gegenüber mit der Behauptung, die Legionen hätten bereits 40—45 v. H. ihrer Truppen verloren, obwohl er sehr wohl wußte, daß diese Verluste viel geringer waren, nämlich von 49 709 Soldaten und 1600 Offizieren 1161 Mannschaften und 64 Offiziere (S. 17 und 291). Der Vf. ist der Meinung, daß Lenin zunächst nur sehr schlecht ausgebildete und bewaffnete Truppen zu seiner Verfügung hatte, gegen die die gut ausgebildeten und bewaffneten Legionen sehr wohl hätten etwas ausrichten können. Statt dessen habe sich Masaryk im März 1918 mit den Bolschewiken geeinigt, die Legionen über Vladivostok abzuführen, um sie später in Frankreich einzusetzen (S. 19). Erst dann hätten sich zahlreiche zaristische Offiziere entschlossen, fortan in der Roten Armee zu kämpfen. Am 7. Februar 1920 schlossen Tschechen und Bolschewiken einen Waffenstillstand und lieferten Kolčák an diese aus.

Doch den tschechischen Politikern ging es mehr um eine möglichst große Ausdehnung ihres neuen Staates. Sie schlossen im nördlichen Ungarn nicht nur die slowakischen Gebiete, sondern auch große von Madjaren besiedelte Regionen an. In Böhmen besetzten sie schon im November und Dezember 1918 alle sudetendeutschen Gebiete, bevor diese Frage auf der Friedenskonferenz diskutiert werden konnte, und auch die Besetzung des Teschener Schlesiens war ein *fait accompli* (S. 33).

Wie der amerikanische Diplomat Crane berichtete, war Beneš der Meinung, „Rußland müsse den Russen überlassen werden. Je weniger man den Bolschewiken mit der Waffe in der Hand gegenüberträte, um so schneller werde ihr Grabgeläute erklingen... Nichtintervention der Tschechoslowakei in Rußland bedeute Nichtintervention Rußlands in der Tschechoslowakei“ (S. 43—44). Der Vf. meint dazu, Masaryk und Beneš kannten nicht Lenins Theorien über Staat und Revolution, und falls sie diese gekannt hätten, hätten sie sie nicht ernst genommen (S. 42).

Im Juni 1934 wurden die diplomatischen Beziehungen zwischen der Tschechoslowakei und der Sowjetunion normalisiert, was bis dahin wegen der Partner der ČSR in der Kleinen Entente nicht möglich gewesen war. Am 16. Mai 1935 wurde nach dem französisch-sowjetischen Beistandspakt vom 2. Mai 1935 ein Beistandspakt mit der Sowjetunion unterzeichnet, in dem ein sowjetischer Beistand für die Tschechoslowakei an die Bedingung geknüpft war, daß Frankreich seine Beistandsverpflichtungen erfülle (S. 51—52).

Das 4. Kapitel (S. 54—75) ist der Entstehung und der Politik der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei gewidmet, die erst nach dem Beistandspakt mit der Sowjetunion auf eine nationale Politik einschwenkte, nachdem sie vorher nicht nur die Enteignung der Kapitalisten, sondern auch die Befreiung der unterdrückten Völker in der Tschechoslowakei gefordert hatte (S. 71), was schon damals zu einer Aufteilung der Tschechoslowakei geführt hätte.

Im 5. Kapitel „München — vorher und nachher“ (S. 76—91) erklärt der Vf., der tschechoslowakisch-sowjetische Beistandspakt vom Mai 1935 habe „keine Zähne“ gehabt, weil ihm kein militärisches Protokoll beigelegt war (S. 76). Er erwähnt die Ausschaltung des zu einem Präventivkrieg entschlossenen Tuchačevskij durch in Deutschland fabrizierte Dokumente, die Stalin über Prag, also durch Beneš, zugeleitet worden waren. Er erwähnt ferner ein Gespräch des amerikanischen Botschafters in Paris mit polnischen Diplomaten im April 1937, die schon damals erklärten, Hitler sei zu einer Zerstückelung der Tschechoslo-

wakei entschlossen. Auf die Frage, wie er dazu stehe, habe der polnische Botschafter in Paris erklärt: „Wir würden entzückt darüber sein“ (S. 82).

Das 6. Kapitel über den beginnenden Freiheitskampf (S. 92—118) ist mehr eine Schilderung der Bestrebungen Benešs, der im Oktober 1938 zurückgetreten war, als Oberhaupt des Exils anerkannt zu werden. Dabei standen ihm vor allem die slowakischen Politiker Osuský und Hodža im Wege, aber auch den Sowjets mußten immer wieder Zugeständnisse gemacht werden, damit sie nicht etwa Nejedlý oder Fierlinger als künftiges Staatsoberhaupt präsentierten. Auf die Stimmung zu Hause wurde dabei wenig Rücksicht genommen. Beneš setzte im Kampf um die spätere Macht bedenkenlos im Ausland greifbare Finanzmittel ein, u. a. von Jan Bata, der nach 1945 als „Kollaborant“ enteignet wurde.

Die Jahre der deutsch-sowjetischen Zusammenarbeit (1939—1941) unterbrachen das Zusammenspiel Benešs mit den Sowjets nicht völlig. Dieser zögerte nicht, die Erkenntnisse, die ihm aus seinem Spionagedienst in der Heimat zugehen, an die Sowjets weiterzugeben (S. 119—121). An die Briten wurden solche Berichte nur nach vorheriger Zustimmung durch die Sowjets gegeben (S. 122). Die Stellung der tschechoslowakischen Exilregierung wurde sofort nach Beginn des deutsch-sowjetischen Krieges gestärkt. Am 28. September 1941 wurde zwischen der Sowjetunion und der tschechoslowakischen Exilregierung ein Militärabkommen unterzeichnet (S. 125). Die Ermordung Heydrichs inszenierte Beneš ohne Rücksicht auf die zu erwartenden deutschen Repressalien und ohne Wissen seiner Exilregierung (S. 126—127).

Von größter Bedeutung wurde der Beistandspakt mit den Sowjets, den Beneš am 12. Dezember 1943 gegen den ausdrücklichen Rat der britischen Regierung in Moskau unterzeichnete. Dieser Vertrag wurde geradezu das Modell aller späteren Verträge der Sowjetunion mit osteuropäischen Staaten. Dabei störte es die Sowjets wenig, daß in dem Vertrag jede Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Partnerstaates ausdrücklich ausgeschlossen wurde. Der Vf. ist der Meinung, daß sich Beneš so eng an die Sowjetunion angeschlossen, weil er das Verhalten Englands und Frankreichs im Herbst 1938 als eine persönliche Beleidigung empfand (S. 314).

Im Mai 1943 reiste Beneš nach Amerika, wo er fünf Stunden mit Roosevelt sprach. Tschechischen Quellen zufolge überzeugte er dabei Roosevelt vollkommen, daß sich die Sowjetunion in einem Demokratisierungsprozeß befinde und bereit sei, nach dem Kriege loyal mit den westlichen Demokratien zusammenzuarbeiten (S. 133). Aufzeichnungen Roosevelts über dieses Gespräch gibt es nicht, da dieser über seine Gespräche keine Gedächtnisprotokolle anfertigte (S. 315). Der Einfluß Benešs, der in Amerika als vorzüglicher Kenner der Sowjetunion galt, auf Roosevelt kann daher gar nicht hoch genug eingeschätzt werden. In seinen Gesprächen mit Roosevelt erhielt Beneš auch dessen Zustimmung zur Vertreibung der Sudetendeutschen, nachdem er von einer bereits erteilten Zustimmung der Sowjetunion berichtet hatte (S. 136).

Beneš spielte nicht nur bezüglich der künftigen Gestaltung der Tschechoslowakei die sowjetische Karte, sondern auch hinsichtlich des gesamten Ostmitteleuropas. Er war absolut gegen eine Besetzung Mittel- und Südosteuropas durch die westlichen Alliierten und trat schon im April 1943 für eine Besetzung der Balkanhalbinsel durch die Sowjets ein (S. 156). Er hatte auch schon 1939 Majskij und 1943 erneut Stalin die Abtretung der Karpatenukraine vorgeschlagen (S. 147). Ebenso war er gegen eine Zusammenarbeit mit Polen (S. 149). In den Verhandlungen mit den tschechischen Kommunisten gab Beneš diesen in

allen wichtigen Fragen nach und besiegelte so das spätere Schicksal der Tschechoslowakei (S. 159). Dabei benützten die Sowjets Beneš gelegentlich zur Dementierung von Dingen, die längst beschlossene Sache waren, weil dieser im Westen den Ruf eines echten Demokraten und Experten in Fragen der Sowjetunion genoß (S. 166).

Während des slowakischen Aufstandes Ende August 1944, als der slowakische Verteidigungsminister Čatloš nach Moskau flog, um den Sowjets die Dienste der slowakischen Armee anzubieten, warnte Beneš die Sowjets vor diesem „Quisling“, da er fürchtete, die Slowaken könnten sich ohne ihn befreien und auf Grund dessen später Autonomie und Unabhängigkeit verlangen (S. 187—188). So trug Beneš wesentlich zum Scheitern des slowakischen Aufstands bei (S. 190).

Am 8. Januar 1945 ließen die Sowjets Beneš durch den tschechischen Kommunisten Nosek (den späteren Innenminister) eine Art Ultimatum stellen: Er solle sich an einen bereits von der Roten Armee besetzten Ort begeben, die Abtretung der Karpatenukraine billigen, die Londoner Exilregierung auflösen und die polnische kommunistische Regierung von Lublin anerkennen. Damals erlitt Beneš seinen ersten Schlaganfall (S. 192). Die kommunistischen Forderungen wurden dann im wesentlichen in dem Kaschauer Regierungsprogramm vom 5. April 1945 erfüllt (S. 197).

Das Ende des Krieges verlief unter Begleitumständen, die man kaum als demokratisch bezeichnen kann. Der Vf. beschreibt es so: „Die Gier, das Verlangen nach dem Eigentum anderer und das Bestreben, diejenigen zum Schweigen zu bringen, die Kenntnis hatten von wirklichen Kollaboranten unter den Kommunisten und ihren Mitläufern, gehörten zu den Motiven für Ungerechtigkeiten, die an unschuldigen Personen begangen wurden. Etwa während dieser Zeit begangene Verbrechen wurden durch ein Dekret des Präsidenten Beneš amnestiert“ (S. 199). Für die Kommunisten ging es vor allem darum, die Besetzung Prags durch die bereits in Westböhmen stehenden Amerikaner zu verhindern. Der 1968 von den Sowjets bitter enttäuschte Kommunist Josef Smrkovský erklärte später: „Wir waren uns darüber klar, daß, wenn wir die amerikanische Armee nach Prag hereingelassen hätten, dies bedeutet hätte, sie als Befreier erscheinen zu lassen“ (S. 204).

Nach der Vorstellung der Kommunisten durfte Prag eben nur von der sowjetischen Armee befreit werden. In Wirklichkeit wurde Prag aber von zwei Divisionen der Vlassov-Armee befreit. Diese Tatsache wurde später verschwiegen und als Befreier nur noch die rasch von der Berlin-Front abgezogenen sowjetischen Panzertruppen angesehen, die Prag kampflos besetzten. Schon vorher war es zwischen dem Tschechischen Nationalausschuß in Prag und dem deutschen Standortkommandanten zu einem Waffenstillstand gekommen, dem einzigen „Separatfrieden“ mit deutschen Truppen im Zweiten Weltkrieg. Die eigentlichen Befreier Prags verschwanden später in sowjetischen Konzentrationslagern, Vlassov wurde in Moskau öffentlich gehenkt (S. 204—205).

Die Jahre 1945—1948 waren nur ein Übergang zur kommunistischen Alleinherrschaft. Der Vf. ist der Ansicht, daß sich die Kommunisten ohne die Unterstützung Beneš nicht hätten durchsetzen können. Dabei spielten auch Fierlinger und Svoboda eine wesentliche Rolle, die nach außen hin als Parteilose galten, obwohl sie seit langem als sowjetische Agenten anzusehen waren, Svoboda seit seiner Gefangennahme durch die sowjetische Armee in Polen (1939).

Die Tschechoslowakei wurde nicht nur ein Modellfall für andere kommunistische Staaten, sondern auch eine Ausbildungsstätte für Politiker der Dritten Welt, so für den Kubaner Raúl Castro und Sekou Touré von Guinea. Außerdem wird von Prag aus durch eine systematische Fälschertätigkeit — zum Teil mit beträchtlichem Erfolg — nach Westeuropa hineingearbeitet, insbesondere gegen die Bundesrepublik Deutschland, wie durch Überläufer (Frolík, Šejna) erwiesen ist.

Die Ereignisse des Jahres 1968 (S. 258—277) sind so oft und so ausführlich beschrieben worden, daß hier auf eine ausführlichere Wiedergabe verzichtet werden kann. Dem Vf. zufolge, der sich dabei auf eine Aussage von Dragoljub Vujica vom Belgrader Außenministerium stützt, kam es den Sowjets in erster Linie darauf an, Truppen in der Tschechoslowakei stationieren zu können, wobei ihnen die innenpolitischen Ereignisse in der Tschechoslowakei als Vorwand dienten (S. 276).

Der Vf. kommt zu dem Schluß, daß die Kommunisten, die 1945 nur 27 000 Mitglieder hatten, den „friedlichen Übergang“ zum Sozialismus ohne die Hilfe Beneš nicht hätten bewerkstelligen können. Beneš war sicher kein Kommunist und auch kein geheimer Agent der Sowjets wie Fierlinger oder Svoboda, aber er war ein enorm ehrgeiziger Mann. Er wollte um jeden Preis nach dem Kriege wieder als Präsident der Republik in Prag einziehen und war daher zu jedem Zugeständnis gegenüber den Sowjets bereit. Sein Geheimdienstchef František Moravec hat darauf hingewiesen, daß das tschechoslowakische Volk unter seiner Präsidentschaft zweimal seine Freiheit verloren habe (S. 343).

Es ist nicht möglich, in einer Rezension all die Intrigen und zum Teil äußerst interessanten Einzelheiten zu erwähnen, die in dem Buche geschildert werden. Es ist dem Vf. zweifellos gelungen, das um die Person Beneš gesponnene Legendennetz zu zerreißen. Die Verdienste der Arbeit werden durchaus nicht geschmälert, wenn auf einige offensichtliche Fehler hingewiesen wird: R. Heydrich war nur stellvertretender Reichsprotektor (S. 126), K. H. Frank war niemals Reichsprotektor, sondern Staatsminister von Böhmen und Mähren (S. 201). Die Karl-Marx-Universität in Leipzig kann nicht als Gegenstück zu der 1974 aufgelösten Universität des 17. November in Prag angesehen werden (S. 221). Als solches Gegenstück ist vielmehr das Herder-Institut in Leipzig anzusehen.

Marburg a. d. Lahn

Rudolf Urban

Ludek Pachman: Was in Prag wirklich geschah. Illusionen und Tatsachen aus der Ära Dubček. (Herderbücherei, Bd 669.) Verlag Herder. Freiburg, Basel, Wien 1978. 128 S.

Über den „Prager Frühling“ sind schon viele Bücher geschrieben worden. Dennoch verdient das 10 Jahre nach diesem Ereignis erschienene Büchlein des tschechischen Journalisten und Schach-Großmeisters, der sich seit 1967 aktiv in der Erneuerungsbewegung der Tschechoslowakei beteiligte und jetzt in Deutschland lebt, einen kurzen Hinweis. Bei der Schilderung der Ereignisse verfährt er sehr kritisch bezüglich zweier Personen, die im westlichen Ausland oft als die Träger der tschechischen Reformbewegung angesehen wurden, nämlich Svoboda und Dubček. Svoboda muß heute auch auf Grund anderer Veröffentlichungen als ein getarnter Agent der Sowjets angesehen werden, der nur auf Betreiben seiner sowjetischen Ratgeber der KP(Tsch nicht beitrug, um als Parteiloser auftreten zu können.